

## Der DM-Bargeld- umlauf – von der Währungsreform zur Europäischen Währungsunion

In der jüngeren deutschen Geld- und Währungsgeschichte nehmen der 20. Juni 1948, der 1. Juli 1990 und der 1. Januar 2002 eine besondere Stellung ein. Mit dem Tag der Währungsreform von 1948 wurde die D-Mark im Westen Deutschlands als neues und alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt, Mitte 1990 wurde ihr Geltungsbereich auf Ostdeutschland ausgedehnt, mit der Inverkehrgabe des Euro-Bargelds Anfang 2002 schließlich verlor sie ihre Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel. Ende Februar 2002 verschwanden DM-Noten und -Münzen völlig aus dem Zahlungsverkehr. Dazwischen liegen über 53 Jahre, in denen die D-Mark auch international zu einem Symbol für wertstabiles Geld und wirtschaftlichen Wohlstand wurde. Im Folgenden wird die Entwicklung des DM-Bargeldumlaufs, also des DM-Noten- und DM-Münzumlaufs, nachgezeichnet. Gezeigt wird ein halbes Jahrhundert Geschichte deutschen Bargelds in den verschiedenen Phasen des Neuanfangs, der Kontinuität, des Umbruchs und der Neuorientierung auf den Euro. Die historischen Erfahrungen mit dem DM-Bargeldumlauf bilden auch für die Gegenwart und die Zukunft eine wichtige Erkenntnisquelle.

## Die Währungsreform von 1948

*Notwendigkeit, ...*

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die deutsche Währung und die Wirtschaft völlig zerrüttet. Der Geldüberhang war gewaltig.<sup>1)</sup> Die Banken waren überschuldet. Die Lähmung der Wirtschaft griff um sich, da Produktion und Handel zu den fixierten Reichsmarkpreisen unattraktiv wurden. Der Schwarzmarkt blühte, der Naturaltausch drang vor. Die Reichsmark wurde von der Bevölkerung immer mehr zurückgewiesen.

*... Vorbereitung und ...*

Eine Sanierung des Geldwesens war dringlich. Um den Geldüberhang abzubauen, entschlossen sich die Alliierten für eine Währungsreform, bei der die Reichsmark durch die Deutsche Mark ersetzt wurde.<sup>2)</sup> Als Voraussetzung hierfür wurde im Frühjahr 1948 eine neue Zentralbankorganisation in Westdeutschland errichtet. Sie bestand aus selbständigen Landeszentralbanken und der Bank deutscher Länder mit Sitz in Frankfurt am Main.<sup>3)</sup> Als deren Rechtsnachfolger fungiert seit 1957 die Deutsche Bundesbank. Im April 1948 beriefen die Westalliierten ferner das Konklave von Rothwesten ein, um deutsche Experten an der organisatorischen und technischen Durchführung der Währungsreform zu beteiligen.

*... Durchführung der Währungsreform*

Am Sonntag, dem 20. Juni 1948 trat die Währungsreform in Kraft. Das Emissionsgesetz übertrug der Bank deutscher Länder das ausschließliche Recht, im Währungsgebiet Banknoten und bis auf weiteres auch Münzen auszugeben.<sup>4)</sup> Das Währungsgesetz bestimmte in Paragraph I: „Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Wäh-

rung.“<sup>5)</sup> Es enthielt Bestimmungen über die Kopfquote (60 DM, auszuzahlen in zwei Raten zu 40 DM und weiteren 20 DM), über die Geschäftsbeträge der Betriebe von 60 DM pro Arbeitnehmer und über die Erstausrüstung der öffentlichen Haushalte.<sup>6)</sup> Gemäß dem Umstellungsgesetz vom 27. Juni 1948 wurden die Bankguthaben der privaten Nichtbanken im Verhältnis 10:1 in D-Mark umgestellt (unter Anrechnung der Kopf- und Ge-

---

1 Allein der Bargeldumlauf des Deutschen Reichs erhöhte sich während des Krieges von 11 Mrd RM auf 73 Mrd RM.

2 Schon im Oktober 1947 war auf amerikanischer Seite die Entscheidung gefallen, der American Bank Note Company einen Druckauftrag für die neuen Banknoten zu erteilen. Der Notendruck war im März 1948 abgeschlossen. Für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) wurden im Laufe des Jahres 1947 Kupons gedruckt, die nach der Währungsreform auf westlicher Seite in Ostdeutschland rasch auf die Reichsmarkscheine geklebt wurden.

3 Zuvor hatte Frankreich im Saargebiet den Franc als Währung eingeführt. Erst im Juli 1959, d. h. über zwei Jahre nach der staatsrechtlichen Angliederung des Saarlands an die Bundesrepublik Deutschland, wurde im Saarland die D-Mark gesetzliches Zahlungsmittel. In der SBZ erfolgte am 21. Mai 1948 die Gründung einer „Deutschen Emissions- und Girobank“, die – nach den separaten Währungsreformen in Westdeutschland und der SBZ – am 20. Juli 1948 in die „Deutsche Notenbank“ und 1968 in die „Staatsbank der DDR“ umgewandelt wurde.

4 Die von ihr ausgegebenen Banknoten lauten auf Deutsche Mark oder Pfennige. Die Bank deutscher Länder wurde zudem ermächtigt, vorübergehend auch Noten auszugeben, die nicht ihren Namen trugen (z. B. die in den USA gedruckten). Das Münzprivileg fiel Mitte 1950 wieder an die Bundesregierung zurück.

5 Eine Notendeckung und eine Einlöschungspflicht waren für die D-Mark nicht mehr vorgesehen; sie war somit von Anfang an eine reine Papierwährung. Die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark wurden zum 21. Juni 1948 ungültig.

6 Länder und Gebietskörperschaften bekamen DM-Beträge in Höhe von einem Sechstel ihrer Ist-Einnahmen während des Halbjahres Oktober 1947 bis März 1948. Am 24. Juni 1948, einen Tag nach Verkündung des sowjetischen Währungsreform-Befehls für die SBZ und Groß-Berlin, ordneten die Westmächte die Einführung der D-Mark für West-Berlin an. Am 20. März 1949 wurde die D-Mark in West-Berlin alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. In der SBZ begann man am 24. Juni 1948 mit der Ausgabe einer neuen Währungseinheit, die im Juli 1948 die Bezeichnung „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“ erhielt. Sie wurde 1964 in „Mark der Deutschen Notenbank“ und 1968 in „Mark der Deutschen Demokratischen Republik“ umbenannt.

schäftsbeträge); die Hälfte hiervon wurde zunächst auf einem Festkonto blockiert. Obwohl die Geldmenge gemessen am Sozialprodukt eher niedrig war, kam es infolge der Anpassungen der Preisstruktur sofort zu großen Preissteigerungen, die durch eine sehr hohe Geldumlaufgeschwindigkeit alimentiert wurden. Deshalb entschieden die Militärregierungen Anfang Oktober 1948, 70 % der Festkontogelder zu streichen (Festkontogesetz vom 4. Oktober 1948). Im Ergebnis belief sich das Umstellungsverhältnis für größere Reichsmarkguthaben nur noch auf 10:0,65. Damit wurde der Geldüberhang durch die Währungsreform beseitigt. Über den in D-Mark umgewandelten Teil der Reichsmarkguthaben hinaus wurden keinerlei Ansprüche gewährt. Folglich wurden die Geldvermögensbesitzer, das heißt auch viele kleine Sparer, weitgehend enteignet. Die wertlosen Forderungen der Banken gegen das Reich wurden ebenfalls gestrichen. Zum Ausgleich erhielten die Banken Forderungen gegen die Länder und später gegen den Bund. Damit war auch ihre Überschuldung bereinigt. Verbindlichkeiten aus wiederkehrenden Leistungen (wie Löhne, Mieten, Renten usw.) hingegen wurden im Verhältnis 1:1 umgestellt.

#### *Hoheitliche Geldschöpfung*

Die von Privatpersonen, Unternehmen außer Banken und öffentlichen Institutionen zur Umstellung angemeldeten Reichsmarkguthaben beliefen sich auf rund 145 Mrd RM. Das war die Basis der hoheitlichen Neugeldschöpfung. Sie betrug Ende Juni 1948 4,4 Mrd DM, die aus Kopf- und Geschäftsbeträgen sowie Erstausstattungen an die öffentlichen Haushalte und die Besatzungsmächte stammten. Insgesamt wurde im Jahr 1948

durch die Währungsumstellung eine Geldmenge (im Sinne von M3) von gut 13 Mrd DM auf gesetzlichem Wege geschaffen.

Am Tag der Währungsreform wurde von Ludwig Erhard – gegen die Bedenken der Alliierten – eine weitgehende Lockerung der Bewirtschaftung und die Aufhebung der Preiskontrollen verkündet. Die Anreize für Produktion, Verkauf und Geldverdienen wurden schlagartig wieder hergestellt, da Geld knapp, somit wertvoll und sehr begehrt wurde. So konnte die Währungs- und Wirtschaftsreform zum Katalysator für das „Wirtschaftswunder“ werden. Zudem trug der psychologische Effekt der sofort gefüllten Schaufenster der Geschäfte entscheidend zur Entstehung des Mythos „Währungsreform“ bei, der bald den Enteignungscharakter des Geldschnitts überlagerte. Die D-Mark genoss vom ersten Tage an Vertrauen; sie wurde von der Bevölkerung als allgemeines Zahlungsmittel akzeptiert. Dieses Vertrauen behielt sie bis zu ihrem Ende. Zwar blieb sie nicht von Währungskrisen und zeitweiligen Stabilitätsgefährdungen verschont. Über ihr gesamtes Lebensalter betrachtet erwies sie sich jedoch – mit einem durchschnittlichen Preisanstieg von 2¾ % pro Jahr – stabiler als alle anderen wichtigen Währungen.

*Währungsreform als Katalysator für das „Wirtschaftswunder“*

#### **Stückelungen und Struktur des DM-Bargeldumlaufs**

---

Die Stückelung des Noten- und Münzumlaufs hat sich in den über fünf Jahrzehnten der DM-Währung nur wenig verändert. Von 1952 bis 1964 gab es keine Neuerungen;

später kamen einige höherwertige Stückelungen hinzu. Im Jahr 1948 wurden Banknoten amerikanischen Drucks zu 5 DM, 10 DM, 20 DM, 50 DM und 100 DM ausgegeben. Zusätzlich wurden Noten zu 2 DM und 1 DM sowie zu 50 Pfennig in Umlauf gebracht. Noten, die nicht den Namen „Bank deutscher Länder“ trugen, wurden nach und nach durch eigene Notenausgaben ersetzt.<sup>7)</sup> Die ersten von der Bank deutscher Länder ausgegebenen Geldscheine lauteten auf 5 Pfennig und 10 Pfennig.

#### *Münzmission*

Angesichts der technischen Unmöglichkeit, bis zur Währungsreform neue Kleingeldzeichen rechtzeitig herzustellen, wurde eine ausreichende Versorgung mit Kleingeld in der Weise sichergestellt, dass alle RM-Noten und -Münzen bis zum Betrag von 1 RM zu einem Zehntel ihres Nennwerts in D-Mark weitergalten. Zu Beginn des Jahres 1949 konnten dann zunächst neue 1-Pfennigstücke und später auch neue 10-Pfennigstücke in Umlauf gesetzt werden. Ende des Jahres 1950 verfügte der Zahlungsverkehr auch über 2-, 5- und 50-Pfennig- und über 1-DM-Münzen. Mit der Ausgabe der 2-DM-Münzen wurde im Mai 1951 begonnen, mit der Ausgabe silberner 5-DM-Stücke im Mai 1952.<sup>8)</sup> Diese Stückelung des Münzumschlufs wurde bis zum Ende der D-Mark beibehalten. Sie wurde lediglich ergänzt um 10-DM-Gedenkmünzen, die in limitierter Auflage geprägt wurden und im Zahlungsverkehr kaum Verwendung fanden. Bereits 1953 hatte die Bank deutscher Länder die erste Gedenkmünze zu 5 DM in Umlauf gebracht.<sup>9)</sup> Auf Grund des hohen Nennwerts der Gedenkmünzen lag ihr Anteil am gesamten Münzumschluf Ende 2000 bei

etwa 25%. Nach dem Gesetz über die Ausprägung von Scheidemünzen vom Juli 1950<sup>10)</sup> lag das Emissionsrecht, das so genannte Münzregal, zwar beim Bund, in dessen Auftrag die Bundesbank die Münzen in den Verkehr brachte. Um zu vermeiden, dass wegen des Münzgewinns (Differenz zwischen dem Nennwert und den Herstellungskosten einer Münze, die dem Bund zufließt) ein Konflikt mit der währungspolitischen Aufgabe entstand, war zur Ausprägung von Münzen aber die Zustimmung der Bundesbank erforderlich, soweit die Ausprägungen 20 DM je Kopf der Bevölkerung überstiegen. Dieser Betrag wurde bereits in den fünfziger Jahren überschritten; Ende 2000 betrug der Münzumschluf pro Kopf 147 DM.<sup>11)</sup>

Für den Banknotenumschluf setzte das Emissionsgesetz von 1948 eine Höchstgrenze von

*Zunächst Kontingentierung des Notenumschlufs*

7 Die nicht mit Namensaufdruck „Bank deutscher Länder“ versehenen Noten wären nach dem Emissionsgesetz (§ 3 Abs. 4) spätestens bis zum 31. Dezember 1952 aufzurufen gewesen; dieser Notwendigkeit wurde die Bank jedoch durch Gesetzesänderung (November 1952) enthoben.

8 Auf Grund des stark gestiegenen Silberpreises zog die Bundesbank ab 1975 diese 5-DM-Stücke aus dem Verkehr und ersetzte sie durch Kupfer/Nickel-Münzen. Damit endete eine Jahrtausend alte Silbermünz-Tradition in Deutschland. Silberhaltig waren seither nur noch Gedenkmünzen.

9 Gedenkmünzen zu 5 DM wurden bis 1986, zu 10 DM erstmals von 1970 bis 1972 (anlässlich der Olympischen Sommerspiele von 1972 in München) und dann wieder von 1986 bis Ende 2001 ausgegeben. Die Auflagen schwankten zwischen 0,2 und 8,85 Millionen Stück. Zusätzlich wurden die Gedenkmünzen in Spiegelglanzprägung emittiert (Auflage bis zu 1 Million Stück). Bei letzteren überschritt der Münzpreis ihren Nennwert. Sie wurden dem Münzumschluf nicht zugerechnet. Gleiches gilt für die im Jahr 2001 von der Bundesbank ausgegebene 1-DM-Goldmünze.

10 Zum 1. Januar 2002 durch das neue Münzgesetz ersetzt.

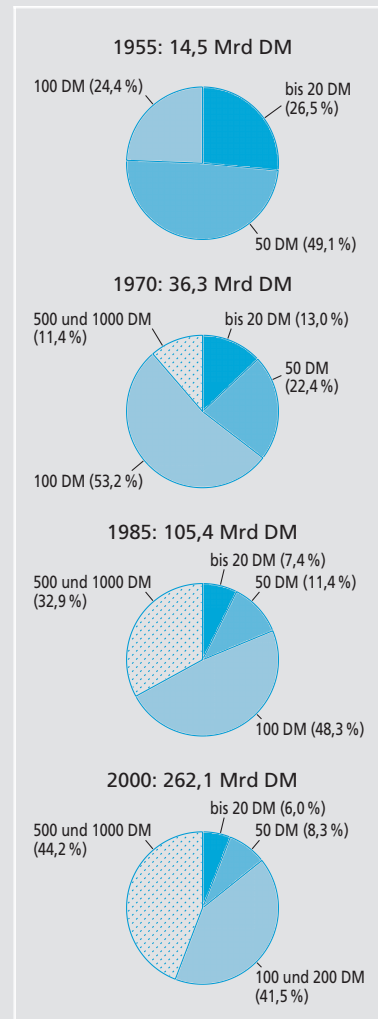
11 Das Münzregal bleibt auch in der EWU bei den Mitgliedstaaten (Art. 106 Abs. 2 EG-Vertrag). Die EZB hat einen Genehmigungsvorbehalt bezüglich des Umfangs der Münzausgabe in den einzelnen Ländern.

10 Mrd DM fest. Diese Grenze wurde von 1953 bis 1956 in mehreren Schritten bis auf 16 Mrd DM angehoben. Zu dieser Zeit hatte sich bereits erwiesen, dass die Währung einer solchen Vertrauensstütze nicht bedurfte. Mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 entfiel jegliche Begrenzung des Notenumlaufs;<sup>12)</sup> dafür wurden die währungspolitischen Befugnisse der deutschen Zentralbank dahingehend angepasst, dass sie eine Steuerung des gesamten Geldvolumens erleichterten. Die auf D-Mark lautenden Banknoten waren in Deutschland das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Jeder Gläubiger einer Geldforderung musste sie in unbegrenztem Umfang zur Erfüllung seiner Forderung annehmen.<sup>13)</sup>

*Banknoten-  
serien der  
Bundesbank*

Nach ihrer Errichtung 1957 hat die Bundesbank die Banknoten der Bank deutscher Länder zunächst im Umlauf belassen. Sie wurden erst ab Februar 1961 mit der Ausgabe einer neuen Notenserie nach und nach ersetzt. Die letzten von der Bank deutscher Länder emittierten Noten wurden zum 31. Juli 1966 aufgerufen. Die bestehenden Stückelungen wurden im Rahmen der neuen Serie ab dem Jahr 1964 um Noten über 1000 DM und ab 1965 um Noten über 500 DM ergänzt. Im Gegensatz zum Einheitsformat der Notenserie der Bank deutscher Länder waren nunmehr die einzelnen Notenstückelungen zur Vermeidung von Verwechslungen und zum Schutz gegen Verfälschungen unterschiedlich groß. Erst nach nahezu dreißig Jahren begann die Bundesbank von Oktober 1990 bis Oktober 1992 mit der Ausgabe einer weiteren Notenserie. Der Grund hierfür war hauptsächlich die Verbesserung des Fälschungsschutzes, die

### Struktur des Banknotenumlaufs

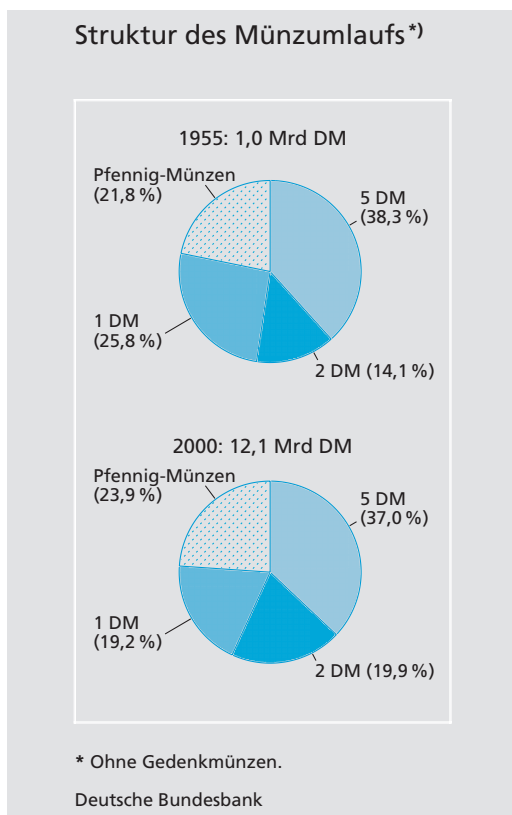


Deutsche Bundesbank

angesichts der Fortschritte in der Reproduktionstechnik notwendig geworden war. Dementsprechend wurden die neuen Noten mit

<sup>12</sup> Die rechtlichen Grundlagen für die Verantwortung der Bundesbank für den Notenumlauf bilden §§ 3, 14, 36 und 37 des Bundesbankgesetzes.

<sup>13</sup> Münzen waren dagegen nur in beschränktem Umfang gesetzliches Zahlungsmittel. So musste ein Gläubiger (nach dem Münzgesetz von 1950) nicht mehr als 20 DM in Form von DM-Münzen und nicht mehr als 5 DM in Form von Pfennigmünzen annehmen. Seit Januar 2002 gilt eine Annahmepflicht von bis zu 50 Euro-Münzen pro Zahlung.



einer Reihe international anerkannter Merkmale zum Schutz gegen Fälschungen versehen. Sie zählten damit weltweit zu den am besten geschützten Banknoten. Zudem musste der steigenden Automatisierung des Bargeldverkehrs Rechnung getragen werden. Als Novum wurde im Jahr 1990 erstmals eine 200-DM-Note eingeführt. Hiervon erhoffte sich die Bundesbank eine Verringerung der Stückzahl der 100-DM-Note und damit eine kostenmäßige Entlastung von Banken und Notenbank. Tatsächlich blieb die Nachfrage nach der 200-DM-Note aber hinter den Erwartungen zurück. Die Noten der vorherigen Serie wurden zum 30. Juni 1995 aufgerufen.<sup>14)</sup> Die zuletzt ausgegebene Notenserie verlor ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel mit der Inverkehrgabe des Euro-Bargelds Anfang 2002. Ihren Wert haben alle

seit 1948 ausgegebenen DM-Noten jedoch nicht verloren, da sie von der Bundesbank zeitlich unbefristet und kostenlos zu ihrem Nennwert eingelöst wurden beziehungsweise seit Anfang 2002 zum festen Referenzkurs gegen Euro getauscht werden.

Die Struktur des Notenumlaufs hat sich seit der Währungsreform erheblich verändert. Der Anteil kleinerer Stückelungen bis zu 20 DM bildete sich stetig zurück. Bis 1960 entfiel der wertmäßig größte Teil des Notenumlaufs auf die 50-DM-Note, anschließend auf den 100-DM-Schein. Diese Gewichtsverschiebung beruhte bis zum Übergang zu bargeldlosen Lohnzahlungen Mitte der sechziger Jahre im Wesentlichen auf der Erhöhung der Löhne und Preise sowie der Verlängerung der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungszeiträume. Noch Anfang der achtziger Jahre machte die 100-DM-Note die Hälfte des Notenumlaufs aus. Das Gewicht der großen Stückelungen, insbesondere das der 1 000-DM-Note, erhöhte sich zunächst recht stetig; seit Ende der siebziger Jahre jedoch stieg ihr Anteil in mehreren Phasen schubartig an und erreichte Ende 2000 schließlich gut 44 %. In dieser Entwicklung spiegelt sich neben dem allgemeinen Anstieg des Nominalwerts der Barzahlungsvorgänge und der vermutlich gewachsenen Aktivitäten im Bereich der Schattenwirtschaft vor allem die große Bedeutung der hohen Stückelungen als Wertaufbewahrungsmittel wider. Die Struktur des Münzumschs – ohne Gedenkmünzen ge-

*Struktur des  
Notenumlaufs*

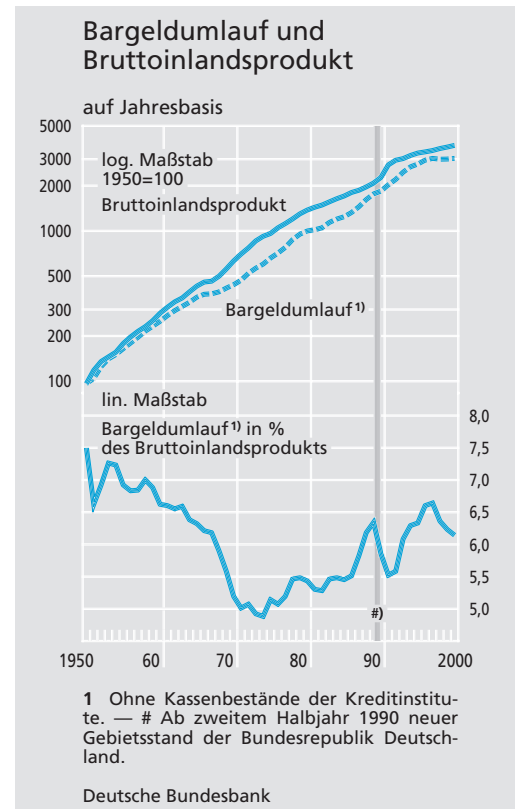
<sup>14</sup> Münzen der Bank deutscher Länder bzw. des Bundes hingegen blieben bis zur Inverkehrgabe der Euro-Münzen dauerhaft gültige Zahlungsmittel.

rechnet – hat sich dagegen nur wenig verändert.

### Längerfristige Entwicklung und Bestimmungsgründe des Bargeldumlaufs

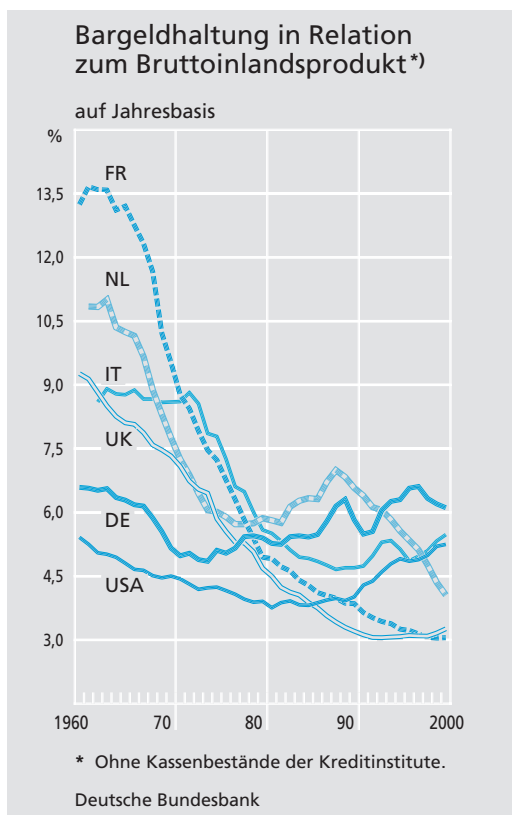
*Unstetige  
Entwicklung  
der Bargeld-  
quote*

Mit Ende der hoheitlichen Geldschöpfung 1948 hatte sich der Bargeldumlauf bereits normalisiert. Er wuchs anschließend bis in die späten neunziger Jahre nahezu ununterbrochen mit dem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Von 1950 bis 2000 hat sich der Bargeldumlauf außerhalb des Bankensystems in jahresdurchschnittlicher Rechnung von 7,8 Mrd DM auf 244,8 Mrd DM erhöht und damit etwa verzweihunddreißigfach. Das Sozialprodukt ist im gleichen Zeitraum (nominal) – unter Berücksichtigung der Gebietsstandserweiterung 1990 – um rund das achtunddreißigfache gestiegen. Die sogenannte Bargeldquote, das heißt der Bargeldumlauf bezogen auf das BIP, hat sich also über die gesamte Periode betrachtet etwas verringert. Die Entwicklung der Bargeldquote verlief jedoch recht unstetig. Nach einer annähernden Stagnation in den fünfziger Jahren ist sie bis Anfang der Siebziger nahezu kontinuierlich gesunken. Hierin spiegelte sich vor allem die zunehmende Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wider. Hierzu haben die Einführung von Girokonten für Jedermann, von bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlungen, die Neuerungen im bankmäßigen Zahlungsverkehr wie auch die in diesem Zeitraum erfolgte Expansion des Zweigstellennetzes der Kreditinstitute beigetragen. Rückläufige Bargeldquoten waren in dieser Zeit für die meisten Industrieländer



typisch, in manchen Staaten verlief die Entwicklung deutlich prononcierter als in Deutschland (Frankreich, Niederlande, Großbritannien), vereinzelt setzte sie auch erst später ein (Italien). Ab Mitte der siebziger Jahre schienen diese auf eine relative Verringerung der Bargeldnachfrage hinwirkenden Einflüsse in Deutschland ausgelaufen beziehungsweise durch andere Faktoren überlagert worden zu sein. Die Bargeldquote ist bis Mitte der achtziger Jahre, wenn auch unter Schwankungen, leicht und anschließend bis in die späten Neunziger sogar kräftig gestiegen. Seit 1997 entwickelte sie sich wieder rückläufig. Dieser Verlauf wurde zum einen von den unterschiedlichen Opportunitätskosten der Kassenhaltung und den Veränderungen des Außenwerts der D-Mark geprägt. Zum anderen haben steuerliche Einflüsse zeit-





weise eine große Rolle gespielt. Von erheblicher Bedeutung war schließlich die nach den politischen Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa strukturell zunehmende DM-Nachfrage des Auslands. Hingegen haben die Innovationen im Zahlungsverkehr seit den siebziger Jahren die Bargeldnachfrage in Deutschland vergleichsweise wenig berührt.<sup>15)</sup>

*Opportunitätskosten der Kassenhaltung*

Die Geldmarktzinsen und damit die Opportunitätskosten der Kassenhaltung haben in den siebziger- und achtziger Jahren zeitweise stark geschwankt. Dies hinterließ in der Bargeldentwicklung deutliche Spuren. Sie schwächte sich im Gefolge der straffen Geldpolitik nach dem ersten und zweiten Ölpreisschock sowie 1989 jeweils deutlich ab und verstärkte sich in den anschließenden Lockerungsphasen jeweils wieder. In den neunziger

Jahren spielten die Opportunitätskosten der Kassenhaltung für die Bargeldexpansion demgegenüber offensichtlich nur noch eine untergeordnete Rolle.

Zur Volatilität der Bargeldquote hat ab Anfang der siebziger Jahre auch die Entwicklung des Außenwerts der D-Mark beigetragen, der nach der Wechselkursfreigabe 1973 – als Reflex des Dollarkurses – massiven Schwankungen unterlag. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die DM-Noten zu einer auch für Ausländer attraktiven, wenngleich stark von Wechselkuserwartungen beeinflussten Alternative der Wertaufbewahrung. So fällt die beschleunigte Bargeldexpansion 1977/78, 1985 bis 1987 wie auch 1994/95 mit einer Aufwertung der D-Mark zusammen, und einzelne Phasen sinkender Zuwachsraten wie 1979 bis 1981 oder auch 1996 bis 1998 wurden von einer Abschwächung des DM-Außenwerts begleitet.

*Bedeutung des DM-Außenwerts*

In den Jahren 1987 bis 1993 wurde die Bargeldentwicklung stark von steuerpolitischen Diskussionen und Entscheidungen geprägt. Von der Ankündigung einer Quellensteuer auf Zinserträge aus Geldvermögen im Okto-

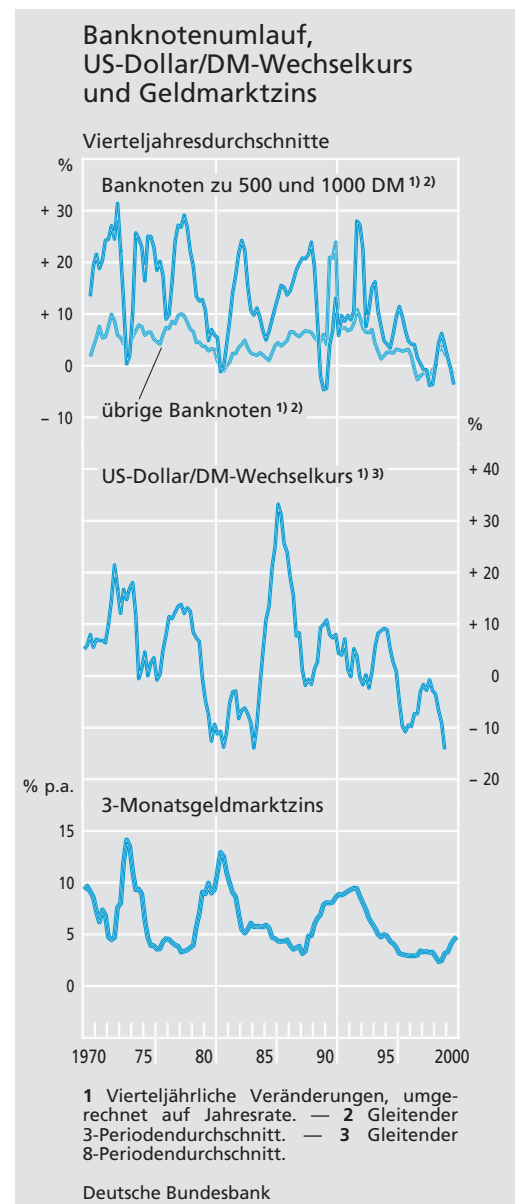
*Steuerpolitische Faktoren*

<sup>15</sup> Fehlende statistische Informationen über die DM-Bargeldhaltung und Barzahlungen im In- und Ausland sowie eine Vielzahl institutioneller Veränderungen erschweren eine ökonometrische Untersuchung der Bestimmungsgründe der DM-Bargeldnachfrage über den gesamten Zeitraum seit 1948. So kann eine sparsam parametrisierte Spezifikation der Bargeldnachfrage – mit einer Transaktionsvariablen und einem Kurzfristzins als erklärende Variablen – Strukturbrüche, nur temporär wirkende sonstige Determinanten und Sondereinflüsse der DM-Bargeldnachfrage im In- und Ausland nicht befriedigend abbilden. Eigene Untersuchungen deuten zudem darauf hin, dass die geschätzte Einkommenselastizität bei einer einfachen Spezifikation der Bargeldnachfrage größeren Schwankungen unterliegt, die vermutlich auf die nicht berücksichtigten Erklärungsgrößen zurückzuführen sind.



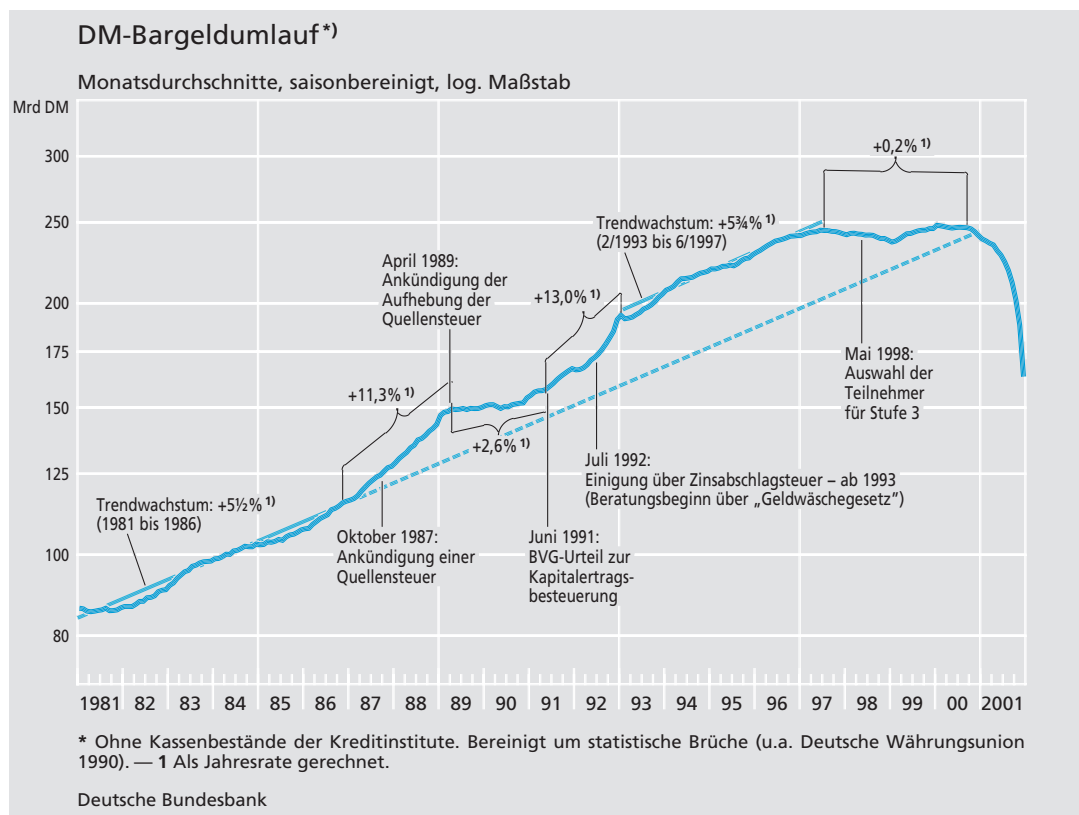
ber 1987 bis zur Bekanntgabe der Aufhebung dieser Steuer im April 1989 hat sich das Tempo der Bargeldexpansion mehr als verdoppelt. Nach der anschließenden Phase einer annähernden Stagnation beschleunigte sich das Bargeldwachstum mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Kapitalertragsbesteuerung im Juni 1991 erneut und erreichte Ende 1992, also unmittelbar vor Einführung des steuerlichen Zinsabschlags ab 1993, bis dahin nicht gekannte Zuwachsraten. In diesen Entwicklungen spiegelte sich zum einen die Aufstockung von Bargeldhorten inländischer Nichtbanken zu Lasten von zinstragenden Finanzaktiva wider.<sup>16)</sup> Zum anderen haben deutsche Investoren Geldkapital in bar bei Banken in Ländern mit vorteilhaften Steuergesetzen angelegt. Zwar sind die für diesen Zweck zusätzlich nachgefragten DM-Noten schnell wieder zur Bundesbank zurückgeflossen, weil das Ziel der Bargeldströme überwiegend die unmittelbaren Nachbarländer Österreich, die Schweiz und Luxemburg war, gleichwohl hat dies eine vorübergehende Niveauanhebung des Bargeldumlaufs bewirkt. Dagegen ermäßigte sich die Bargeldexpansion ab Ende 1996, als die Vermögensteuer zum Jahr 1997 abgeschafft wurde. Auffällig ist, dass die zins-, außenwert- und steuerpolitisch bedingten Schwankungen des Bargeldwachstums vorrangig von Änderungen in der Nachfrage nach Noten zu 500 DM und 1 000 DM getragen wurden.

Die im Jahr 1990 vollzogene deutsche Wiedervereinigung brachte einen weiteren Sprung in der Bargeldemission der Bundesbank mit sich. Mit dem Inkrafttreten des



Staatsvertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde die D-Mark in der DDR am 1. Juli 1990, also bereits vor der politischen Vereinigung, als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel

<sup>16)</sup> Im Jahr 1988 wurden zudem die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist im Vergleich zu längerfristigen Bankpassiva kräftig aufgestockt, wohl auch deshalb weil sie nicht der Anfang 1989 eingeführten Quellensteuer unterlagen.



tel eingeführt, und die Zuständigkeit für die Geld- und Währungspolitik ging auf die Bundesbank über. Dabei erfolgte die Umstellung aller Bestandsgrößen grundsätzlich zu einem Satz von 2 : 1.<sup>17)</sup> Verglichen mit den zuvor offiziell angewandten Wechselkursen war der Umstellungssatz recht hoch, er erschien jedoch vor allem deshalb vertretbar, weil der inflationäre Geldüberhang in der DDR – im Gegensatz zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern – offenbar relativ gering war. Stromgrößen, wie Löhne und Gehälter, wurden hingegen im Verhältnis 1:1 umgestellt.

Die Umstellung von Mark der DDR auf D-Mark erfolgte ausschließlich über Konten der Geldinstitute in der DDR, ein direkter Bargeldumtausch fand nicht statt. Auf Mark der DDR lautendes Bargeld war bis zum 6. Juli

1990 auf ein Konto einzuzahlen; auf D-Mark lautendes Bargeld wurde ab Sonntag, dem 1. Juli, ausgezahlt. Während die Bundesbank die erforderlichen DM-Noten aus ihren Reserven bereitstellte, konnten die Prägestellen den notwendigen Bedarf an Münzen zunächst nicht vollständig abdecken, so dass die DDR-Pfennig-Münzen noch bis zum 1. Juli 1991 ihre Gültigkeit behielten. Ende 1989 betrug der Bargeldumlauf in der DDR 16,7 Mrd M. Der DM-Bargeldumlauf in Gesamt-

<sup>17</sup> Bei den Spareinlagen wurde aber eine soziale Komponente berücksichtigt. Je nach Alter der umstellungsberechtigten DDR-Bürger wurden 2000 M, 4000 M oder 6000 M pro Kopf im Verhältnis 1:1 umgestellt. Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Modalitäten der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik zum 1. Juli 1990, Monatsbericht, Juni 1990; Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, Monatsbericht, Juli 1990; Technische und organisatorische Aspekte der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, Monatsbericht, Oktober 1990.

deutschland (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) erhöhte sich im Verlauf des Juli 1990 um 8 ½ Mrd DM beziehungsweise um knapp 6%.<sup>18)</sup> Anschließend gingen von der Währungsunion keine besonderen, die gesamte Bargeldexpansion prägenden Einflüsse mehr aus.

*DM-Auslandsnachfrage*

Spätestens ab den siebziger Jahren verfügte die D-Mark über alle Merkmale, die man typischerweise mit einer internationalen Währung verbindet. Dies zeigte sich auch in Form einer tendenziell steigenden DM-Bargeldhaltung des Auslands. Zum einen gelangte DM-Bargeld durch den zunehmenden Reiseverkehr ins Ausland. Zum anderen transferierten in Deutschland lebende ausländische Arbeitnehmer, deren Zahl sich stetig erhöhte, DM-Bargeld in ihre Herkunftsländer. Schließlich diente Bargeld auch als Vehikel grenzüberschreitender Kapitalanlagen. Da ein Teil der ins Ausland verbrachten DM-Noten dort gehortet wurde oder als Umlaufsmedium diente, sind die DM-Bestände im Ausland offensichtlich bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre gewachsen. Entscheidend hierfür waren aber die politische und die wirtschaftliche Öffnung Osteuropas ab Ende der achtziger Jahre und die anhaltenden Krisen im ehemaligen Jugoslawien, die zunächst mit einer deutlichen Schwächung der heimischen Währungen einher gingen; sie brachten der D-Mark in diesen Regionen den Status einer Zweitwährung. Neben der geographischen Nähe Deutschlands zur vormals sozialistischen Staatengemeinschaft spiegelte sich hierin in erster Linie das hohe Vertrauen in die Stabilität der D-Mark, das sie sich im Wettbewerb der Währungen erworben und das ihr

zu einer großen internationalen Akzeptanz verholfen hatte.

Der DM-Notenumlauf im Ausland ist statistisch nicht zu erfassen. Es liegen zwar Angaben über die Notenab- und -rückflüsse über deutsche Kreditinstitute vor, die im Rahmen der Zahlungsbilanzstatistik erfragt wurden. Diese Stromgrößen decken jedoch nur einen Ausschnitt der gesamten grenzüberschreitenden Notentransaktionen ab und können allenfalls als Indikation für Veränderungen der DM-Haltung des Auslands genutzt werden.<sup>19)</sup> Mangels erfolgversprechender direkter Erfassungsmethoden des DM-Auslands-umlaufs wurde in einer Studie der Bundesbank auf indirekte Methoden zurückgegriffen.<sup>20)</sup> Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass sich Ende 1994 zwischen 30 % und 40 % des DM-Bestands im Ausland befunden haben könnten. Die Dynamik der Auslandsnachfrage dürfte ab 1997 jedoch spürbar nachgelassen haben. Von 1997 bis Mitte 2000 hat der gesamte Bargeldumlauf in etwa stagniert. 1999 nahm er vorübergehend wieder zu – vermutlich auf Grund der Unruhen in Südosteuropa (Kosovo-Krise) und der Diskus-

*Schätzung des  
DM-Auslands-  
umlaufs*

---

**18** Im Juli 1990 wurden als Folge der Währungsunion und der vertraglich festgelegten Umtauschrelation DM-Geldbestände im Sinne von M3 in der Größenordnung von etwa 15 % der westdeutschen Geldmenge M3 neu geschaffen (Geldmengensprung).

**19** So zeigte sich insbesondere, dass bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten in bestimmten Ländern die DM-Noten neben der heimischen Währung die Funktionen des Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittels übernahmen und bei stark inflationären Tendenzen, negativen Realzinsen und Abwertungserwartungen sich der Notenabfluss in diese Staaten erhöhte und der Rückfluss verringerte.

**20** F. Seitz, Der DM-Umlauf im Ausland, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Diskussionspapier 1/95, April 1995.

sion über die Jahr-2000-Problematik.<sup>21)</sup> Einige Staaten Osteuropas wiesen erste eindrucksvolle Stabilisierungserfolge auf. Die fortschrittliche Ersetzung staatlicher Regulierungen durch Marktmechanismen wirkte den bargeldlastigen Schwarzmarktaktivitäten entgegen, der Übergang zu konvertiblen Währungen mit realistischen Wechselkursen verminderte die Sortennachfrage, Einlagen wurden zunehmend attraktiv verzinst. Die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien lieferte keine Anhaltspunkte für weitere, leistungswirtschaftlich begründete DM-Noten-Importe. Im Ergebnis stiegen die Notenrücksendungen aus dem Ausland an.

*Innovationen  
im Zahlungsverkehr*

Neuerungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr führten in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern dazu, dass die Bargeldhaltung langsamer als etwa der Konsum oder das BIP wuchs. In Deutschland ist die Bargeldquote seit den siebziger Jahren jedoch gestiegen, in den USA seit den achtziger Jahren. Zwar hat auch in diesen Ländern die Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu Lasten der Bargeldhaltung zugenommen. Auf Grund der Auslandsnachfrage nach D-Mark und US-Dollar schlug diese Entwicklung jedoch nicht auf die Bargeldquote durch. In Deutschland verlief die Hinwendung zum bargeldlosen Zahlungsverkehr zudem wenig spektakulär, denn Bargeld blieb als „preiswertes“ und effektives Zahlungsmittel sehr beliebt.<sup>22)</sup> Traditionelle Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs waren in Deutschland die Überweisung und die Lastschrift. Nach Einführung der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlungen in den sechziger Jahren war

der nächste wichtige Schritt die Einführung des Euroschecks Anfang der siebziger Jahre. Der Scheckkartenbestand in der Bundesrepublik stieg von rund 5 Millionen im Jahr 1972 auf 52 Millionen im Jahr 2001 an.<sup>23)</sup> Hinzu kamen die verschiedenen Formen des kartengestützten Zahlungsverkehrs.<sup>24)</sup> Die Bedeutung der Kreditkarte blieb trotz des zunächst raschen Wachstums relativ gering. Seit Anfang der neunziger Jahre spielen die Debitkarten (mit PIN ausgestattete Euroscheckkarten und Bankkundenkarten) im bargeldlosen Zahlungsverkehr eine immer größere Rolle. Letztere scheinen inzwischen die Kreditkarte sowie den Scheck, bei dem Anfang 2002 zudem die Garantiefunktion über die EC-Karte auslief, zurückzudrängen, da sie für den Handel wie auch für die Kunden eine vergleichsweise kostengünstige Alternative bieten. Neuerungen im Zahlungsverkehr haben somit teilweise „kannibalische“ Wirkungen, als sie nicht nur Bargeld, sondern auch bereits bestehende Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs verdrängen. Damit haben zwar die Kartenzahlungen insgesamt in den

---

21 Die Erklärung der D-Mark zur offiziellen Währung im Kosovo durch die Vereinten Nationen im September 1999 oder auch die Einführung der D-Mark in Montenegro als gesetzliches Zahlungsmittel im November 1999 blieben dagegen ohne messbare Auswirkung auf die DM-Bargeldnachfrage. Das benötigte DM-Bargeld war in diesen Regionen bereits im Umlauf.

22 Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Geldpolitik und Zahlungsverkehr, Monatsbericht, März 1997; Neuere Entwicklungen beim elektronischen Geld, Monatsbericht, Juni 1999.

23 Im Jahr 1980 wurden in Deutschland die ersten Geldautomaten in Betrieb genommen. Ihre starke Zunahme hat die Bargeldhaltung insgesamt vermutlich wenig tangiert. Einerseits können sie wegen des schnellen und komfortablen Zugangs zum Bargeld dessen Verwendung stützen, andererseits erleichtern sie das Halten von niedrigeren Bargeldbeträgen.

24 Von 1960 bis 1999 ist das Volumen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs von 1,3 Billionen DM auf rund 74 Billionen DM gestiegen (ohne Interbanken-Zahlungen).

letzten Jahren in Deutschland stark zugenommen, gleichwohl ist im Vergleich zu einigen anderen europäischen Ländern ihr Anteil am unbaren Zahlungsverkehr – gemessen an der Zahl der Transaktionen – mit gut 5 % für 1999 nach wie vor relativ gering (EU-Durchschnitt knapp 21%). Für das elektronische Geld auf so genannten Geld- oder Speicherkarten zeichnet sich bisher nur eine sehr verhaltene Verbreitung und Nutzung ab. Letztlich können die bargeldlosen Zahlungsmedien die besonderen Eigenschaften des Bargelds zum Teil nur eingeschränkt nachahmen.

### Einführung des Euro-Bargelds

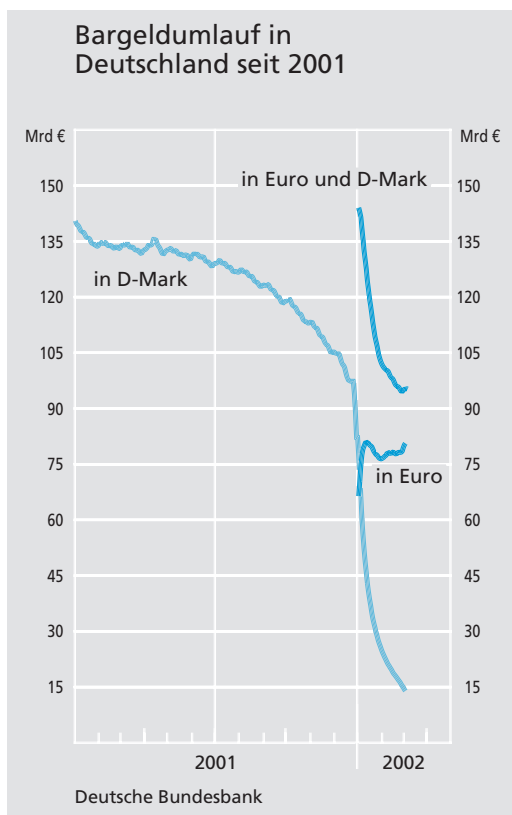
*Rückbildung  
des Bargeld-  
umlaufs  
ab 1997*

Ab Mitte 1997 beruhigte sich die Bargeldexpansion. Im Jahresdurchschnitt 1998 lag der Bargeldumlauf erstmals in der Geschichte der D-Mark unter seinem Vorjahrswert. Diese außergewöhnliche Entwicklung lässt sich zwar nicht monokausal erklären, doch dürften dabei eine gebremste Nachfrage nach DM-Noten in den ost- und südosteuropäischen Reformländern und Unsicherheiten im Vorfeld der EWU eine Rolle gespielt haben. Die rückläufige Tendenz beim Bargeldumlauf wurde 1999 im Zusammenhang mit der Jahr-2000-Umstellung zwar vorübergehend unterbrochen, mit dem Näherrücken der Inverkehrgabe des Euro-Bargelds beschleunigte sie sich aber wieder. Ab der zweiten Jahreshälfte 2000 ist die DM-Nachfrage (saisonbereinigt) stetig gesunken, seit dem Spätsommer 2001 hat sich dieser Prozess zusehends verstärkt. In der EWU insgesamt bildete sich der Bargeldumlauf erst ab dem Frühjahr 2001 zurück. Seit dem Spätsommer wiesen alle EWU-

Länder einen rückläufigen Bargeldumlauf auf. Das Tempo des Bargeldabbaus war in Deutschland erheblich höher als im gesamten Euro-Währungsgebiet. Ausschlaggebend war der besonders kräftige Abbau der großen DM-Noten-Stückelungen. Seit der zweiten Jahreshälfte 2001 sind auch aus dem Ausland vermehrt DM-Noten zurückgeflossen. Ende 2001 lag der deutsche Bargeldumlauf mit nur noch 162,2 Mrd DM (82,9 Mrd €) bereits um gut 40 % unter seinem Vorjahrsniveau. Dieser Rückgang erleichterte die logistische Bewältigung des Bargeldumtauschs entscheidend.

Für eine reibungslose Inverkehrgabe des Euro-Bargelds waren umfangreiche und jahrelange Vorbereitungsarbeiten notwendig. Auf der Basis des von der Europäischen Union und der EZB vorgegebenen Rahmens oblag es den einzelnen Teilnehmerländern, ihr Übergangsszenario entsprechend den nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen zu gestalten. Im Jahr 1999 begann die Serienproduktion der neuen Noten und Münzen. Gleichzeitig lief eine weit reichende Informationskampagne zur Euro-Bargeldeinführung an, die sich auch auf Länder außerhalb des Euro-Währungsgebiets erstreckte, insbesondere auf Staaten, in denen die D-Mark als Zweitwährung verwendet wurde. Um den Austauschprozess zeitlich zu entzerren, wurde darüber hinaus für eine frühzeitige Rückgabe von DM-Bargeld geworben. Von September bis Jahresende 2001 wurden die deutschen Kreditinstitute mit Euro-Bargeld im Wert von rund 61 Mrd € vorab ausgestattet, das diese an ihre Geschäftspartner im Euro-Währungsgebiet und ab Dezember auch außerhalb der Grenzen der EWU weiter rei-

*Vorbereitung  
der Euro-  
Bargeld-  
umstellung*



chen konnten. Darüber hinaus hat die Bundesbank Bargeld in Höhe von gut 3 Mrd € an Zentralbanken und im internationalen Sortenhandel aktive Kreditinstitute außerhalb des Euro-Raums vorzeitig abgegeben. Ab dem 17. Dezember wurden in Deutschland Euro-Münzen an die Bevölkerung verkauft, wozu die Bundesbank 53,5 Millionen so genannte Münzhaushaltsmischungen im Gesamtwert von nahezu 550 Mio € bereitstellte.

Mit der Einführung des Euro-Bargelds Anfang 2002 wurde die Europäische Währungsunion vollendet; DM-Noten und DM-Münzen verloren zu diesem Zeitpunkt ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, doch verpflichteten sich die Kreditwirtschaft, der Handel und weitere Bargeldakteure, bis Ende Februar 2002 noch DM-Bargeld anzunehmen, um

den Übergang zum Euro-Bargeld abzufedern. Die Bundesbank wird DM-Banknoten und Bundesmünzen jedoch zeitlich unbefristet in Euro tauschen. Mit der Umtauschaktion selbst waren – ganz im Unterschied zur Währungsreform von 1948 oder der Ablösung der Mark der DDR – keine Änderungen im Realwert des Bargelds verbunden. Es wurde lediglich zu dem zu Beginn der Währungsunion 1999 fixierten Referenzkurs in Euro umgerechnet beziehungsweise getauscht. Im Ergebnis verlief der Bargeldaustausch störungsfrei. Er wurde von einer hohen Akzeptanz der Bevölkerung begleitet. Der Ende 2001 noch verbliebene DM-Bargeldumlauf in Höhe von 162,2 Mrd DM (82,9 Mrd €) war Ende Januar 2002 bereits auf 50,4 Mrd DM (25,8 Mrd €) gesunken und betrug Ende Februar nur noch 30,6 Mrd DM (15,7 Mrd €). Gleichzeitig erhöhte sich der Euro-Umlauf ausgehend von dem vorab bereitgestellten Betrag auf 80,0 Mrd €. Der gesamte Banknotenumlauf lag Ende Februar aber noch um 30 % unter seinem entsprechenden Vorjahrswert, in der EWU betrug die Unterschreitung 19 %. Es bleibt abzuwarten, ob der Bargeldaustausch zu einer anhaltend niedrigeren Bargeldquote führt oder ob sich die Bargeldhaltung wieder dem vorherigen Niveau annähert.

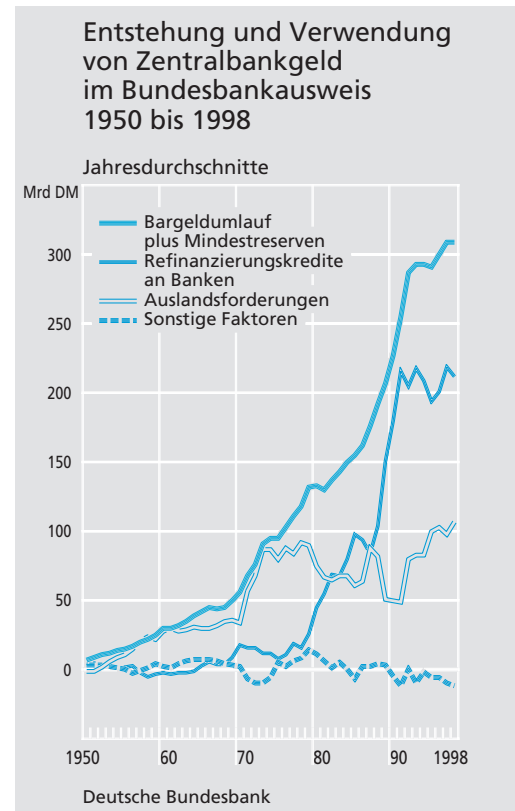
### Bargeld, Geldpolitik und Notenbankgewinn

Die Geldschöpfung der Kreditinstitute geht prinzipiell mit einer Zunahme des Bedarfs an Zentralbankgeld, also der Summe von Banknotenumlauf und der bei der Notenbank zu unterhaltenen Mindestreserven, einher. Die

*Banknotenumlauf sichert Durchsetzung der Geldpolitik*

*Das Ende der D-Mark*

Monopolstellung der Zentralbank auf die Ausgabe von Banknoten und die Schaffung von Zentralbankguthaben stellt deshalb den Ansatzpunkt der Geldpolitik dar. Aber nur insoweit wie die Geschäftsbanken zur Erlangung von Zentralbankgeld auf die Refinanzierung bei der Bundesbank angewiesen waren, war die Bundesbank jederzeit in der Lage, die Bedingungen am Geldmarkt entsprechend ihren Zielvorstellungen zu setzen. Diese Refinanzierungsabhängigkeit des Bankensystems ergab sich erst mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems im März 1973. Bis Anfang der siebziger Jahre waren nicht die Refinanzierungskredite der Notenbank die Quelle der Bankliquidität, sondern unfreiwillige Devisenankäufe. Erst nach Fortfall der Verpflichtung zum liquiditätsschaffenden US-Dollarankauf hatte die Bundesbank die Initiative zur Schaffung von Zentralbankgeld gewonnen. Seither wurde der enorme Anstieg der gesamten Refinanzierungskredite der Bundesbank bis Ende 1998 im Wesentlichen von der stark wachsenden Bargeldnachfrage getragen. Der vergleichsweise hohe DM-Banknotenumlauf trug auch nach Beginn der dritten Stufe der europäischen Währungsunion 1999 entscheidend zum Liquiditätsdefizit des Geschäftsbankensektors im Euro-Raum gegenüber dem Eurosystem bei. Auch für die absehbare Zukunft dürfte die Bargeldnachfrage eine ausreichend hohe Refinanzierungsabhängigkeit des europäischen Bankensystems sichern. Andere Voraussetzungen für die jederzeitige Durchsetzung der Geldpolitik wie die Nicht-Verpflichtung zu Devisenmarktinterventionen und das Verbot der Finanzierung öffentlicher Haushalte durch die Notenbank sind im Eurosystem ohnehin gegeben.

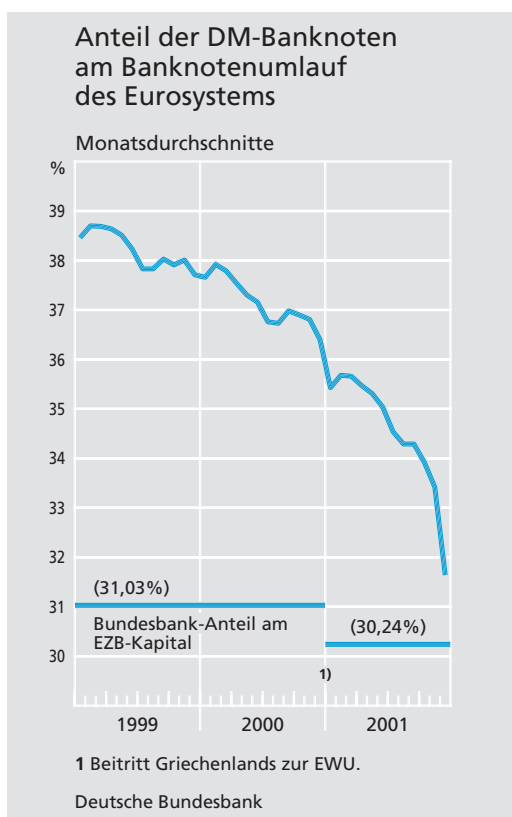


Der Banknotenumlauf ist von erheblicher Bedeutung für die Gewinne einer Zentralbank. Auf Grund ihres Monopols zur Banknotenausgabe erzielt die Zentralbank so genannte Geldschöpfungsgewinne. Diese Seigniorage resultiert daraus, dass den unverzinslichen Verbindlichkeiten einer Zentralbank aus der Banknotenausgabe zinstragende Aktiva gegenüber stehen.<sup>25)</sup> Die Erträge der Bundesbank beruhen vorwiegend auf den Refinanzierungskrediten an das Bankensystem und den verzinslich angelegten Währungsreserven. Ihnen stehen insbesondere Aufwendungen für Personal und Verwaltung, Banknotendruck, Zuweisungen für Pensions- und

*Seigniorage*

<sup>25</sup> Die Bundesbank hat darüber hinaus bis zum Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion im Jahr 1999 auch auf das von ihr geschaffene Zentralbankgeld in Form von Mindestreserven der Kreditinstitute keine Zinsen gezahlt.





Wagnisrückstellungen, seit 1999 Zinszahlungen auf das Mindestreservesoll der Kreditinstitute und schließlich auch Abschreibungen gegenüber. Vor allem die Abschreibungen auf die Währungsreserven zehrten in den Jahren bis 1979 die Erträge zum großen Teil oder vollständig auf. Seit 1980 hat die Bundesbank in ihren Jahresabschlüssen durchgehend und zeitweise recht hohe Gewinne ausgewiesen, die sie an den Bund als Eigner der Bundesbank abführte. Hierin spiegelte sich nicht zuletzt das starke Wachstum und hohe Niveau des DM-Banknotenumlaufs wider.

Gemäß ESZB/EZB-Statut sind die monetären Einkünfte, welche die nationalen Notenbanken aus Vermögenswerten erzielen, die sie als Gegenposten zum Banknotenumlauf und den Einlagen der Kreditinstitute halten, zu-

sammenzulegen und unter den einzelnen Zentralbanken entsprechend ihrer jeweiligen eingezahlten Anteile am Kapital der EZB zu verteilen. Eine Zusammenlegung der monetären Einkünfte ist gerechtfertigt, da sie nicht national, sondern von der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems bestimmt werden. Auf Grund der grenzüberschreitenden Nutzbarkeit des Euro-Zentralbankgelds im Euro-Währungsgebiet ist ein Zusammenhang zwischen dem Land der Entstehung und dem der Verwendung nicht mehr gegeben. Auch wird die Euro-Noten-Nachfrage des Nicht-Euro-Währungsgebiets vom Eurosystem insgesamt befriedigt. Der Verteilungsschlüssel für die Seigniorage reflektiert das ökonomische Gewicht eines Landes und dient als Näherungswert für das in diesem Land tatsächlich nachgefragte Zentralbankgeld. Dieser Verteilungsmodus wird grundsätzlich ab dem Jahr 2002 – das heißt erst mit der Ausgabe des Euro-Bargelds – angewendet. Die monetären Einkünfte der Jahre 1999 bis 2001 aus dem noch ausschließlich national denominierten Banknotenumlauf verblieben bei der jeweiligen Emissionsnotenbank. Auf Grund der vom Kapitalschlüssel stark abweichenden nationalen Anteile am gesamten Banknotenumlauf des Eurosystems zeichneten sich im Vergleich zu den Jahren vor 2002 beträchtliche Verschiebungen in der Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken ab. So betrug der Anteil der Bundesbank am Banknotenumlauf des Eurosystems im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2001 knapp 37 %, ihr Anteil am Kapitalschlüssel liegt hingegen bei nur 30 %. Deshalb wird im Rahmen einer Übergangsregelung für die Jahre 2002 bis 2007 eine schrittweise Anpassung an das

neue Gewinnverteilungssystem vorgenommen, die die Auswirkung auf die Gewinne

der einzelnen Notenbanken mittelfristig erheblich dämpft.